

Kontrolle oder Kollaboration?

Agro-Gentechnik und die Rolle der Behörden

von Antje Lorch und Christoph Then

Den Verdacht gibt es schon lange – nun weiß man Näheres: In Deutschland existiert ein enges und schwer durchschaubares Netzwerk aus Wissenschaftlern in öffentlichen Forschungseinrichtungen, Privatfirmen und den Behörden, die für die Prüfung und Zulassung der Gentech-Produkte zuständig sind. Im Frühjahr 2008 ist eine Studie erschienen, die aufzeigt, in welchem Maße Behördenvertreter in dieses Geflecht von Consultingfirmen, Spezialagenturen, international wie national agierenden Arbeitsgruppen und Initiativen verstrickt sind. Dabei geht es nicht um Einzelfälle, sondern um eine grundsätzliche Situation, in der teils offen, teils verdeckt Seilschaften und Lobbyorganisationen auf die behördlichen und politischen Entscheidungen Einfluss nehmen. Im folgenden Beitrag wird dies an einer Handvoll Personen aufgezeigt. Es sind nicht die „schwarzen Schafe“ in einem ansonsten funktionierenden System, sondern die repräsentativen Beispiele eines Systems, in dem diejenigen, die an der Entwicklung und dem Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) interessiert sind, in der Regel diejenigen sind, die als Experten für die Beurteilung von GVOs herangezogen werden. Dies wird an zwei Beispielen näher erläutert: dem Streit um den Monitoringplan für den MON810-Mais der Firma Monsanto und die zurzeit diskutierte Reform der europäischen Zulassungsbehörde EFSA.

1997 trafen sich in Amsterdam Vertreter der Biotech-industrie. Burson-Marsteller, eine der weltweit größten PR-Firmen, riet damals den beteiligten Industrievertretern zu einer neuen Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit. Zum einen sollten die Firmen (vermeintliche) Erfolgsgeschichten der Gentechnik lancieren, statt sich in eine öffentliche Diskussion über Risiken hineinziehen zu lassen. Zum anderen sollte die Industrie aufhören, selber die Gentechnik als etwas Gutes zu verkaufen, sondern für diesen Zweck lieber scheinbar unabhängige Fürsprecher finden – in diesem Fall am besten „unabhängige“ Wissenschaftler. Heute, gut zehn Jahre später, kann man die Früchte dieser PR-Strategie deutlich erkennen.

Tarnkappenstrategie

Eine Handvoll Lobbyorganisationen treffen sich mehr oder weniger öffentlich und werben für den Einsatz der Gentechnik. In Deutschland sind dies neben den offensichtlichen Lobby- und Branchenorganisationen wie BIO Deutschland, der Deutschen Industrievereinigung

Biotechnologie (DIB) und dem Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) vor allem Organisationen wie der Gesprächskreis Grüne Gentechnik (GGG), der Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik (WGG), der Verein zur Förderung Innovativer und Nachhaltiger AgroBiotechnologien Mecklenburg-Vorpommern (FINAB) mit Sitz in Rostock und der Verein Inno-planta in Gatersleben. Unter ihrem Dach treffen sich Wissenschaftler/innen, die selber GVOs entwickeln, und solche, die Serviceleistungen für die Entwicklung von GVOs anbieten, mit Vertretern der Zulassungsbehörden sowie mit regionalen und nationalen Politikern, die Gentechnik als Standortförderung sehen.

Der *Gesprächskreis Grüne Gentechnik (GGG)* wurde 1997 auf Initiative von Novartis gegründet. Über die aktuellen Mitglieder gibt es keine Angaben, aber 1998 gehörten zu den Mitgliedern dieses „Gesprächskreises“ auf jeden Fall Vertreter der Gentechnik, der Nahrungs- und Futtermittelbranche, aber auch Mitarbeiter der Vorläuferorganisationen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), des bundeseigenen Robert-Koch-Institutes (RKI) und des Bundes-

institutes für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV). Als Kontakt fungiert die Genius GmbH, von der weiter unten noch die Rede sein wird.

Der *Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik (WGG)* wurde 1998 gegründet und wird zurzeit von Klaus-Dieter Jany geleitet. Auch hier ist keine aktuelle Mitgliedsliste öffentlich zugänglich, aber kurz nach der Gründung gehörten ihm neben Wissenschaftlern von Universitäten und Forschungseinrichtungen auch Wissenschaftler an, die in Behörden arbeiten: Hans-Jörg Buhk (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit – BVL), Gerhard Flachowsky (Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft – FAL), Joachim Schiemann (Julius Kühn-Institut – JKI), Knut Heller (Max Rubner-Institut – MRI) sowie Klaus Ammann, Hans Günter Gassen, Gabriele Sachse, Kristina Sinemus und andere.

In den letzten Jahren ist auch das Auftreten von Tarnkappenorganisationen auf internationaler Ebene zu beobachten. 2003 gegründet, wirbt die *Public Research & Regulation Initiative (PRRI)* vor allem bei Konferenzen der Biodiversitätskonvention und des Cartagena-Protokolls für weniger gesetzliche Regulationen im Umgang mit GVOs. Zu den deutschen Mitgliedern gehören auch Hans-Jörg Buhk (BVL) und Joachim Schiemann (JKI). Während die Vertreter dieser Organisation immer wieder betonen, dass sie Wissenschaftler in öffentlichen Einrichtungen seien, scheuen sie nicht vor Finanzierungen aus unterschiedlichsten Quellen wie den Regierungen der USA und Kanada, ISAAA, dem US Grain Council und CropLife International. Darüber hinaus werden Hauptaufgaben des PRRI in den Jahren 2006 bis 2009 mit 600.000 Euro als EU-Projekt Science4BioReg finanziert.

Netzwerke zur Förderung der Agro-Gentechnik in Deutschland

Eine der Keimzellen für das Agro-Gentechniknetzwerk in Deutschland liegt in der Technischen Universität Darmstadt und dort bei dem inzwischen emeritierten Professor Hans Günter Gassen. Gassen als überzeugter Mentor der Biotechnologie betreute unter anderem die Doktorarbeiten von Jens Katzek, dem späteren Geschäftsführer der BIO Mitteldeutschland GmbH, einem Firmenzusammenschluss in Sachsen-Anhalt. Gassen gründete auch mehrere Firmen, darunter die Genius GmbH.

Geschäftsführerin der *Genius GmbH* ist Kristina Sinemus; wissenschaftlicher Leiter ist Klaus Minol, seinerseits ehemaliger Doktorand von Gassen. Laut Selbstdarstellung auf ihrer Webseite ist Genius eine „Spezialagentur für Wissenschaft und Kommunikation“. An anderer Stelle ändert sich diese Beschreibung und das Aufgabenfeld von Genius jedoch stark. Auf der Webseite gmo-compass.org, die Genius zusammen mit

Transgen betreibt, beschreiben sich die Mitarbeiter von Genius als „unabhängige Journalisten“, während gleichzeitig die Geschäftsführerin Sinemus als Teil der Global Industry Coalition an den COP/MOP-Verhandlungen in Bonn teilnimmt.

Genius ist Mitglied in den Lobbyorganisationen BIO Deutschland und der European Federation of Biotechnology (EFB). Zu den Auftraggebern von Genius vor allem für die Konzeptionierung und Ausgestaltung von Publikationen zählen unter anderem die Firmen Monsanto, Bayer, BASF, aber z. B. auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), für die Genius Jahresberichte schreibt. Genius ist vor allem über Sinemus und Minol Partner in mehreren EU-Projekten. In der Regel handelt es sich dabei um Projekte, in denen auch Joachim Schiemann aktiv ist.

In die Öffentlichkeit tritt Genius vor allem durch die Betreuung der Webseiten biosicherheit.de (ein BMBF-Projekt für Risikokommunikation) und gmo-compass.org auf. Der GMO-Compass wurde anfangs (2005–2007) als EU-Projekt finanziert, dann von EuropaBIO (2007) und zurzeit vom BMELV (2007–2008).

Ein anderes Netzwerk zeigt sich an Klaus-Dieter Jany und dem Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik (WGG). Jany trat bereits anlässlich des Imports von Gentechnik-Soja durch Monsanto 1996 werbend für die Gentechnik in Erscheinung. Jany ist Beiratsmitglied von Innoplanta und fungierte 2006 als „Pate“ eines Gentechnik-Bauern. Seit Juni 2008 ist Jany pensioniert, aber bis dahin wies er häufig bei Aktivitäten für Innoplanta oder den WGG auf seine Position bei der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL) hin.

MON810-Monitoringplan

Regierung und Parlament sind bei ihren politischen Entscheidungen in der Agro-Gentechnik zu großen Teilen auf die Stellungnahmen ihrer Fachbehörden angewiesen – wie zum Beispiel dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit oder dem Bundesamt für Risikoforschung. Dabei ist es für Regierungsvertreter und Parlamentarier (geschweige denn für die Öffentlichkeit) keineswegs einfach nachzuvollziehen, wie und aus welchen Gründen diese Stellungnahmen zustande kommen. Exemplarisch lässt sich am Beispiel des Streits um den Gentechnik-Mais MON810 und um den von der Firma Monsanto vorgelegten Monitoringplan zeigen, wie die Industrie ein feines, aber reißfestes Netz um die Politik gesponnen hat, das von externen Beobachtern kaum durchschaut werden kann.

Für das Verständnis der öffentlichen und behördeninternen Debatte um den MON810-Monitoringplan ist es notwendig, sich ein weitgehend intransparentes Kon-

glomerat aus Firmen, die Dienstleistungen für die Entwicklung und Zulassung von Gentech-Pflanzen anbieten, von Universitätswissenschaftlern und Fakultäten, Vereinen und Gemeinden genauer anzuschauen: 1998 gründeten Inge Broer (Uni Rostock), Kerstin Schmidt (BioMath), Joachim Schiemann (damals Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft – BBA) und andere den *Verein zur Förderung Innovativer und Nachhaltiger AgroBiotechnologie (FINAB)*. 2001 gründete dieser Verein die Firma *biovativ*, deren Aufgabe vor allem der Betrieb des damals noch zu bauenden und inzwischen fertig gestellten AgroBioTechnikums ist. Seit 2005 nutzen FINAB und biovativ das AgroBioTechnikum unter anderem für die Freisetzungversuche mit der „Cholera-Kartoffel“ der Uni Rostock und mit gentechnisch verändertem Raps durch FINAB. Die Raps-Versuche wurden dabei vom Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern gefördert.

2005 wurde mit *BioOK GmbH* eine weitere Firma gegründet. Zu den Gesellschaftern gehören die Firmen BioMath und biovativ (100-prozentige FINAB-Tochter) sowie verschiedene Wissenschaftler/innen der Uni Rostock, darunter auch Inge Broer.

Die BioOK GmbH wiederum ist Teil des gleichnamigen *BioOK-Verbunds* aus mehreren Firmen und Forschungseinrichtungen: BioOK GmbH, BioMath, biovativ, drei weiteren Laborfirmen, das Steinbeis-Transferzentrum Soil Biotechnology, die Bundesanstalt für Züchtungsforschung und Kulturpflanzen (jetzt Teil des JKI), das Institut für Chemie und die Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät der Uni Rostock. Der BioOK-Verbund wird 2005 bis 2008 mit mehr als vier Millionen Euro durch das Bundesforschungsministerium (BMBF) gefördert, mit dem Ziel „neue, effektivere und kostengünstigere Analyse- und Bewertungsverfahren zu entwickeln und über die BioOK-GmbH in einer One-Stop-Agency zu vermarkten“.

Kerstin Schmidt ist Geschäftsführerin der drei Firmen BioMath, biovativ und BioOK, Kontaktperson für den BioOK-Verbund und Schatzmeisterin des FINAB e.V. Alle vier Organisationen finden sich in Rostock unter der gleichen Adresse und teilweise auch mit der gleichen Telefonnummer.

Im April 2007 schränkte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) den Verkauf von MON810-Saatgut auf Weisung des Landwirtschaftsministers ein. Grund war ein unzureichender Monitoringplan, da die dafür verwendeten Fragebögen als nicht genügend betrachtet wurden, eine Liste von möglichen Risiken gegebenenfalls zu erkennen. Dieser Bescheid erging gegen den erklärten Willen des Leiters der Abteilung Gentechnik im BVL, Hans-Jörg Buhk. Eine E-Mail, die dies belegt, geriet auf ungeklärte Weise einige Monate später in die Hände eines Anwaltes, der öfter

für Monsanto arbeitet (und der die Mail auch prompt in einer Rechtssache gegen das BVL verwendete).

Die von Monsanto verwendeten Fragebögen als Hauptbestandteil dieses Monitorings basieren auf einem Entwurf, der von Mitarbeitern des BBA (jetzt JKI) und Statistikern der Firma BioMath (Rostock) veröffentlicht wurde. In diesem Artikel danken die Autoren, darunter Joachim Schiemann und Kerstin Schmidt, den großen Gentechnikfirmen explizit für ihre Zusammenarbeit. Die Verwendung von Fragebögen zum Anbaumonitoring wurde bereits auf EU-Ebene durch die EFSA vorbereitet. Auch hier war Joachim Schiemann beteiligt, zudem Detlef Bartsch vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).

Nach Erteilung des MON810-Bescheids im April 2007 schlug das BVL Monsanto eine Liste von gut 30 Umweltbeobachtungssystemen vor, die im Monitoring benutzt werden könnten. Kerstin Schmidt (als Vertreterin von BioMath) erstellte hieraus eine Liste von vier Umweltbeobachtungssystemen, die Monsanto anschließend als Teil des neuen Monitoringplans beim BVL einreichte. Das BVL akzeptierte diesen neuen Plan, auch wenn dieser weitestgehend immer noch auf den vorher beanstandeten Fragebögen beruht. Pikanterweise nahmen weder das BVL noch BioMath oder Monsanto mit den Betreibern dieser Beobachtungssysteme (wie z. B. das bundesdeutsche Tagfalter-Monitoring) Kontakt auf um zu klären, ob die dort gelieferten Daten überhaupt nutzbar oder auch nur veröffentlicht seien. So wurden die im Monitoringplan genannten Netzwerke zur Beobachtung von Böden, Bienen, Wildtieren und Tagfaltern, die zum Teil auf der Arbeit von Freiwilligen beruhen, vorab nicht konsultiert und gefragt, ob sie überhaupt willens seien, für die Firma Monsanto unentgeltlich tätig zu sein.

EU-Zulassungsverfahren „verbessern“?

In der aktuellen Diskussion wird wiederholt der Vorschlag gemacht, die Zulassung von GVOs alleine den (wissenschaftlichen) Experten zu überlassen. Dabei wird vergessen, dass die Frage des Einsatzes der Gentechnik nicht nur eine wissenschaftliche ist, die durch mehr und bessere Daten der naturwissenschaftlichen Risikoforschung eventuell in Zukunft abschließend beurteilt werden könnte, sondern auch eine politische Weichenstellung beinhaltet, z. B. welche Art von Landwirtschaft angestrebt wird.

In der aktuellen Situation muss man sich aber zudem fragen, wie frei und unabhängig die Risikoforschung eigentlich ist. Erfahrungen von Wissenschaftlern zeigen, dass Risikoforschung und anschließende Publikationen von Ergebnissen massiv durch die Patenthalter von GVOs eingeschränkt werden. Problematisch

Handlungsempfehlungen für die Politik

Die Entflechtung der beschriebenen Strukturen, die Schaffung von Transparenz, der Erlass von klaren Regeln im Umgang mit der Industrie, die Förderung der kritischen Risikoforschung, die Umsetzung des Prinzips der Vorsorge bei Zulassung und Monitoring müssen in den nächsten Jahren zu den zentralen Aufgaben der Politik im Bereich Gentechnik gemacht werden. Um diesen Prozess einzuleiten und erfolgreich umzusetzen, ist eine Reihe von Maßnahmen nötig. Diese könnten beispielsweise umfassen:

1. Schaffung von größerer Transparenz

- Vollständige und öffentlich einsehbare Dokumentierung von Kontakten zwischen Industrie und Vertretern von Behörden.
- Über die so genannten „Verbändeanhörungen“ bei Regierungen und beim Deutschen Bundestag hinaus müssen auch bei Facharbeitsgruppen der Behörden zur Agro-Gentechnik nicht nur Industrievertreter, sondern auch Vertreter von Umwelt- und Verbraucherorganisationen einbezogen werden.
- Offenlegung der Mitgliedschaften von Behördenvertretern in industrienahen Organisationen wie dem Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik (WGG) oder dem Gesprächskreis Grüne Gentechnik (GGG), die sich thematisch mit Agro-Gentechnik befassen.
- Offenlegung von Nebentätigkeiten von Behördenvertretern und finanziellen Zuwendungen an diese aus dem Bereich der Agro-Gentechnikindustrie oder anderer relevanter Organisationen.
- Erstellung von klaren Regeln für Kontakte/Publikationen/Einkünfte/Aktivitäten von Behördenvertretern zur Vermeidung von Interessenskonflikten.

2. Wirksame Kontrolle der Behörden

- Rotation von Experten in Schlüsselpositionen.
- Aufwertung von Ämtern wie dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) gegenüber dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) bei der Prüfung und Überwa-

chung von Umweltauswirkungen, damit die Ämter sich gegenseitig stärker kontrollieren können.

- Klare Richtlinien für die Behörden und Regierungsstellen, die beispielsweise die Zusammenarbeit mit industrienahen Institutionen wie Consultingfirmen und Spezialagenturen bzw. deren staatliche Förderung ausschließen.
- Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die mögliche Verflechtungen zwischen Industrie und Behörden untersucht, die Verwendung von Geldern und die Umsetzung von Forschungsprojekten überprüft sowie Vorschläge für weitergehende Maßnahmen zur Wahrung der Unabhängigkeit der Behörden unterbreitet.

3. Förderung der aktiven und unabhängigen Risikoforschung

- Schaffung eines Kompetenzzentrums für aktive und kritische Risikoforschung im Bereich der Agro-Gentechnik.
- Staatliche Ausschreibung von Forschungsprojekten, bei denen Produkte der Agro-Gentechnik aktiv auf Schwachstellen geprüft werden (eine Art Crashtest für gentechnisch veränderte Pflanzen zur Abschätzung ihres Risikopotentials).
- Gesetzliche Verpflichtung für die Industrie, einen Teil ihrer Umsätze in staatliche Fonds abzuführen, um die aktive, unabhängige und kritische Risikoforschung an ihren Produkten zu finanzieren.
- Aktive Einbeziehung von Experten der Verbraucher- und Umweltverbände bei der Bewertung von Zulassungsanträgen und Überwachungsprogrammen.
- Stärkere Berücksichtigung der Zivilgesellschaft und insbesondere der Verbraucher bei der Vergabe von Fördermitteln im Bereich der Landwirtschaft.
- Reform der deutschen und europäischen Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen, sowohl im Hinblick auf die beteiligten Experten als auch im Hinblick auf eine deutliche Anhebung der Standards für Untersuchungen, die an gentechnisch veränderten Pflanzen durchgeführt werden.

sind auch Fälle, bei denen die Risikoforschung bereits auf der Ebene der Mittelvergabe behindert wird. So gehörte zum Beispiel Detlef Bartsch, Referatsleiter im BVL und Mitglied des EFSA-GMO-Panel, zu dem Gremium, das in der Schweiz über die Gelder des Forschungsprogramms „Nutzen und Risiken der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen“ entschied und dabei unter anderem Geld an eine Wissenschaftlergruppe bewilligte, die im Rahmen dieses Projekts Gentech-Weizen entwickelt, während die Projekte einer ausgewiesenen, kritischen Wissenschaftlerin zu Effekten auf Nicht-Zielorganismen unberücksichtigt blieben. Gleichzeitig

arbeitet Detlef Bartsch neben seiner Position im BVL immer noch als Privatdozent an der RWTH Aachen, die in Deutschland eine herausragende Rolle bei der Risikoforschung an gentechnisch veränderten Pflanzen spielt.

An anderer Stelle zeigt sich eine gemeinsame Initiative von Industrie und Behördenvertretern, um die Risikoforschung an Bt-Pflanzen zu vereinfachen. 2004 wurde das Konzept des „tired approach“, das unter anderem auf Kostenersparnis und Beschleunigung der Zulassungsverfahren für Bt-Pflanzen abzielt, auf einer Tagung von EuropaBio vorgestellt. Wissenschaftler von Forschungsinstitutionen, Industrie und Zulassungsbe-

hörden arbeiteten als Mitglieder einer internationalen Arbeitsgruppe dieses Konzept weiter aus. 2008 wurde das Konzept in *Nature Biotechnology* publiziert. Zu den Autoren gehören unter anderem Jörg Romeis (Agroscope Reckenholz-Tänikon, Schweiz), Mitarbeiter von BASF, DuPont, Monsanto und Syngenta sowie Joachim Schiemann (JKI, EFSA), Detlef Bartsch (BVL, EFSA) und Jeremy Sweet (EFSA). Im dem Artikel wird ausdrücklich festgestellt, dass die Experten der Zulassungsbehörden in dem Beitrag nicht unbedingt die offizielle Auffassung der Behörden, sondern ihre persönliche Meinung vertreten würden. Ähnlich wie bei der Entwicklung von „vereinfachten“ Monitoringplänen werden so – an den offiziellen Gremien vorbei – Leitlinien für die Risikobewertung abgesteckt, auf die sich dieselben Wissenschaftler in ihrer Rolle als Behördenvertreter dann berufen können.

Fazit: Im Zentrum des Geflechts von Gentechnik-Befürwortern findet man selten die großen Firmen selbst, sondern vielmehr „Spezialagenturen“ mit exzellenten Kontakten zu Behörden, Politik, Medien und Konzernen. Sie arbeiten als Tarnkappenstrategen für die Industrie, finanziert sowohl von der öffentlichen Hand als auch von der Wirtschaft. Sie haben Netzwerke auf allen relevanten Ebenen organisiert und eine weitgehende Definitionsmacht errungen.

Eine Entflechtung dieser Strukturen ist vonnöten. Zu den Maßnahmen, dies zu erreichen, gehört vor allem die Schaffung von größerer Transparenz, eine wirksame Kontrolle der Behörden und die Förderung der aktiven und unabhängigen Risikoforschung (siehe Kasten) (1).

Anmerkung

(1) Der Beitrag basiert auf dem gleichnamigen Gutachten von Antje Lorch und Christoph Then für Ulrike Höfken, MdB, Sprecherin für Ernährungspolitik und Verbraucherfragen der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen. Download unter http://www.ulrike-hoefken.de/cms/default/dokbin/232/232887.kontrolle_oder_kollaboration_agrogentech.pdf.

Autorin/Autor

Antje Lorch
Biologin und freiberufliche wissenschaftliche Beraterin zu Fragen der Agro-Gentechnik, Amsterdam, Niederlande.



E-Mail: lorch@ifrik.org
www.ifrik.org

Dr. Christoph Then
arbeitet seit über zehn Jahren zu Themen wie Agro-Gentechnik und Patentrecht.



E-Mail: info@scouting-biotech.de
www.scouting-biotechnology.net